

Streik für kleinere Schulklassen

Am 7. April streikten in Berlin 3000 Lehrkräfte für kleinere Klassen und mehr Personal. Die Gewerkschaft GEW hatte die angestellten Lehrkräfte der 683 öffentlichen Berliner Schulen zu einem Warnstreik für einen Tarifvertrag Gesundheitsschutz aufgerufen. Ein Novum mit bundesweiter Signalwirkung: erstmals soll die Personalbemessung an Schulen nicht mehr einseitig durch die Landesregierung, sondern tarifvertraglich geregelt werden.

Es ist ein kalter und noch etwas trüber Morgen, als das „Streikcafé“ des Pankower Bezirksverbands der GEW auf dem Caligariplatz öffnet. Auf einem Tisch vor dem Café „Backelfe“ liegen Flyer, Plakate, Aufkleber und das „Streik-ABC“ der GEW aus. Das Material muss vor Windstößen gesichert werden. Mitglieder der GEW-Bezirksleitung bringen Fahnen und Streikwesten. Eine Kollegin gibt Getränkegutscheine aus und begrüßt ankommende Streikgruppen.

Viele Streikende treffen sich um 8 Uhr an ihren Schulen und hängen Plakate auf: „Heute Warnstreik“, einige verteilen Infomaterial an Eltern oder Schüler:innen. Manche fahren im Anschluss direkt zum Potsdamer Platz, wo sich um 10 Uhr der Demozug sammelt. Es hat sich aber bewährt, zunächst in den Bezirken zusammenzukommen und gemeinsam zur Auftaktkundgebung anreisen.

44 Kolleg:innen aus 12 Schulen kommen zum Pankower Streikcafé, manche als Gruppe und manche alleine. Sie nehmen sich Streikwesten, holen sich einen Kaffee und nutzen die Zeit zu Gesprächen. „Nie hat man so eine Gelegenheit, sich intensiv mit seinen Kollegen auszutauschen“, meint ein Lehrer einer Oberschule. Einige Kolleg:innen aus verschiedenen Schulen kennen sich bereits von den Vertrauensleutekonferenzen und Stammtischen des Bezirksverbands.

Entlastung durch mehr Personal

Eine Lehrerin einer Sekundarschule, in der Jugendliche der Jahrgänge 7 bis 10 lernen, erzählt, dass sie zum ersten Mal streikt. „Sonst ging es immer um mehr Geld. Damit konnte ich mich nicht identifizieren. Aber für bessere Arbeitsbedingungen bin ich dabei. Wir sind von unserer Schule jetzt auch mehr als im November.“ Damals lief die bundesweite Entgelttrunde zum Tarifvertrag der Länder. An drei Streiktagen beteiligten sich in Berlin jeweils 6 bis 8.000 GEW-Mitglieder, mehr als in jedem anderen Bundesland. Damals waren nicht nur Lehrkräfte, sondern auch die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes und der Hochschulen zum Streik aufgerufen.

„Bei uns findet in den Jahrgängen 7 bis 10 heute kein Unterricht statt, in 4 bis 6 ist nur Notbetreuung“, berichtet ein Kollege einer Gemeinschaftsschule, in der Schüler:innen von Klasse 1 bis 13 lernen. „Als ich meine Schüler gestern fragte, was sie meinen, warum ich morgen wohl nicht da bin, meinten die: na, die Lehrer wollen wieder mehr Geld. Nein, habe ich gesagt, wir streiken für kleinere Klassen, da habt ihr auch etwas von!“, so der Klassenlehrer einer 10. Klasse. „Mir ist wichtig, dass die Schüler merken, dass sich ihr Lehrer für bessere Bedingungen zum Lernen und Arbeiten einsetzt. Da habe ich auch eine Vorbildfunktion.“

An einer Grundschule hat sich kürzlich eine GEW-Gruppe ganz neu zusammengefunden und eine Vertrauensfrau gewählt. Die Kollegin erzählt: „Bei uns hat bisher nie jemand gestreikt. Jetzt sind wir zu fünft. Wenn sich erst mal eine Gruppe findet, dann fällt es leichter zu streiken.“ Der GEW-Vertrauensmann einer Oberschule mit den Jahrgängen 7 bis 13 beschwert sich: „Der Streikaufruf

kam schon ziemlich plötzlich, ohne große Vorbereitung. Im November hieß es noch, wir nehmen den Schwung mit und streiken gleich weiter für Entlastung. Jetzt sind schon wieder Monate vergangen.“

Die GEW-Betriebsgruppe einer Grundschule hat sich am Vortag getroffen und Schilder für den Streik gemalt. „Schluss mit der Massenkinderhaltung“, haben sie draufgeschrieben oder „1 : 28 – Da bleibt nicht viel!“ Der Vertrauensmann der Schule meint dazu: „Bis zu 20 Schüler kannst du gut unterrichten. Aber jeden darüber merkst du richtig.“ Eine Kollegin einer anderen Grundschule ergänzt: „Bei uns hieß es, dass die 3. Klassen vielleicht auf 29 oder 30 aufgestockt werden sollen. Ich habe jetzt schon 11 von 27 Drittklässlern mit erhöhtem Bedarf an Verhaltens- oder Lernunterstützung, ich würde zusammenbrechen bei zwei bis drei mehr.“

Die GEW hat den Berliner Senat schon im Juni 2021 aufgefordert, in einem Tarifvertrag für die Lehrkräfte Berlins zu regeln, dass die Klassen in den Jahrgängen 1 bis 6 nur 19 Schüler:innen umfassen dürfen, im Jahrgang 7 nur 21 und in 8 bis 13 maximal 24 Schüler:innen. Besondere Berücksichtigung sollen Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und sozialräumlich besonders belastete Standorte („Brennpunktschulen“) finden. Für die nötige Absenkung der Klassengrößen sollen zusätzliche Stellen geschaffen werden. Außerdem soll die Zumessung von Sozialpädagog:innen und Schulpsycholog:innen geregelt und deutlich verbessert werden.

Streik am Abiturtag

Von Gymnasien sind nur wenige Lehrkräfte dabei. Bei der Auftaktkundgebung am Potsdamer Platz treffen wir eine Kollegin von einem Pankower Gymnasium, die alleine gekommen ist. Sie trägt ein Schild, auf dem acht Kolleg:innen ihrer Schule unterschrieben haben: „physisch absent, aber ideell präsent“. Das Problem: sie sind bei Abiturprüfungen eingesetzt.

Die Presse hat im Vorfeld versucht, einen Skandal daraus zu machen, dass die GEW ausgerechnet für den 7. April zum Streik aufruft. Für diesen Tag haben viele Schulen dezentrale Prüfungen für das Abitur oder für den Mittleren Schulabschluss angesetzt. Auch Schüler- und Elternvertretungen sind teilweise auf diesen Zug aufgesprungen und haben die GEW kritisiert. Längst nicht alle Lehrkräfte sind jedoch am 7. April in Prüfungen eingesetzt. Viele unterrichten weder im Abiturjahrgang noch in Jahrgangsstufe 10.

Letztlich kann die Presse am Streiktag keine Lehrkraft finden, die ihre Prüfungen bestreikt. Die Gewerkschaft hat dafür auch nicht gezielt mobilisiert. In der Messengergruppe der Pankower Streikaktiven tauschten sich diese im Vorfeld darüber aus, wie Kolleg:innen, die bei Prüfungen eingesetzt sind, ihre Unterstützung für den Streik deutlich machen können, auch wenn sie nicht an ihm teilnehmen.

Auf der Abschlusskundgebung stellt Anne Albers, die Leiterin des Vorstandsbereichs Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik der GEW Berlin, klar, dass Prüfungen von den Schulen auch kurzfristig noch auf einen anderen Tag gelegt werden konnten. Manche haben dies auch getan. „Das Abitur wird nicht durch einen einzigen Streiktag gefährdet, sondern durch die schlechten Lernbedingungen in all den Jahren davor“, so Albers.

Albers kritisiert außerdem, wie sich der Berliner Senat die Aufnahme der aus der Ukraine geflüchteten Kinder und Jugendlichen in die Schulen vorstellt. Es sei nicht damit getan, einfach noch einen Stuhl in die Klasse dazuzustellen. Jedes weitere Kind brauche auch individuelle Förderung. Die

Regierende Bürgermeisterin Giffey (SPD) hatte im Vorfeld die GEW-Forderungen abgelehnt und gemeint, jetzt wäre „eine Zeit des Zusammenrückens“.

Streikende sind empört, dass Giffey Geflüchtete und Lehrkräfte gegeneinander ausspielen will. Es gibt große Zustimmung, geflüchteten Kindern zu helfen. Es könne jedoch nicht einfach alles zusätzlich geleistet werden. Eine verbindliche Regelung der Klassengröße soll Entlastung schaffen, so die GEW: „Kleinere Klassen bedeuten weniger Lärm, weniger Vor- und Nachbereitung, weniger Korrekturen und mehr Zeit für Unterricht, Beziehungsarbeit, individualisierte Förderung. Nicht alle Forderungen können angesichts des Personal- und Raum Mangels sofort umgesetzt werden. Der Tarifvertrag soll aber in die Zukunft wirken und den Druck auf den Arbeitgeber erhöhen.“

Berlin schlägt Pflöcke ein

Daniel Merbitz, der im Bundesvorstand der GEW für Tarifpolitik verantwortlich ist, spricht ebenfalls auf der Kundgebung. Er lobt das Pilotprojekt der GEW im Bundesland Berlin: „Diese Tarifaufeinandersetzung hat einen Vorbildcharakter für andere Länder. Gelingt es hier, können wir auch woanders loslegen.“ Andere Landesverbände der GEW würden die Berliner Tarifbewegung genau verfolgen und sich auf ähnliche Projekte vorbereiten. „Die GEW Berlin hat eine gute Tradition, voranzugehen und Pflöcke einzuschlagen“, so Merbitz.

In Berlin gibt es eine besondere tarifpolitische Situation, da Lehrkräfte hier seit 2003 nicht mehr verbeamtet werden. So ist im Laufe der Jahre der Anteil der Beamt:innen in den Schulen zurückgegangen. Der Anteil der Angestellten unter den 34.000 Lehrkräften Berlins ist mittlerweile auf 69 Prozent gestiegen. Dass sie auch streikfähig sind, haben diese Tarifbeschäftigten bereits 2012 bis 2016 bewiesen, als sie immer wieder für eine tarifliche Entgeltordnung und eine Zulagenregelung, die die Nettolücke zu den Beamt:innen ausgleicht, streikten. Letztlich konnten sie zumindest erreichen, dass in Berlin das Gehalt der Grundschullehrkräfte an das Gehalt von Studienrät:innen angeglichen wurde – „gleiches Geld für gleichwertige Arbeit“ – ein bundesweiter Durchbruch, der inzwischen in diversen Bundesländern nachvollzogen wurde.

Nachdem Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern wieder zur Verbeamtung von Lehrkräften zurückgekehrt sind, ist Berlin jedoch das einzige Bundesland, das Lehrkräfte noch regulär als Arbeitnehmer:innen einstellt. Die neue rot-grün-rote Berliner Koalition hat im Herbst 2021 beschlossen, nun ebenfalls wieder zur Verbeamtung zurückzukehren. Damit wird sich für Lehrkräfte in der Hauptstadt vieles ändern. Inwiefern in Zukunft machtvoll für die Interessen der Pädagog:innen gestreikt werden kann, muss sich noch zeigen. Die GEW klagt derzeit vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte für das Beamtenstreikrecht.

Vorbild Krankenhausbewegung

Merbitz verweist auf der Kundgebung am 7. April außerdem auf das positive Beispiel der Krankenhäuser, in denen die Schwesterngewerkschaft ver.di eine tarifliche Personalbemessung durchsetzen konnte.

Tatsächlich hat ver.di eine wichtige Vorarbeit für die Tarifbewegung der Berliner GEW geleistet. Als die Pflegekräfte der Universitätsklinik Charité sich 2012 auf den Weg machten, eine Entlastung durch eine tarifliche Personalbemessung zu erreichen, behauptete der Charité-Vorstand noch, diese Tarifforderung wäre verfassungswidrig, da die Personalbemessung dem Direktionsrecht des Arbeitgebers unterliege. Nachdem 97 Prozent der abstimmenden ver.di-Mitglieder 2015 bereit

waren in den Streik zu treten und der Arbeitgeber dies durch eine Einstweilige Verfügung verhindern wollte, urteilte das Arbeitsgericht Berlin: „Unternehmerische Freiheit hört da auf, wo der Gesundheitsschutz der Beschäftigten beginnt“ – ein bemerkenswertes Urteil, das nur durch die Entschlossenheit der Beschäftigten und ihren jahrelangen Druck möglich wurde.

Die Pflegekräfte der Charité durften somit streiken. Seitdem wurden bundesweit diverse Anstrengungen unternommen, das Verhältnis von Pflegekräften zu Patient:innen tarifvertraglich zu regeln und dadurch die Gesundheit der Beschäftigten vor Überlastung zu schützen. Zuletzt setzten die Pflegekräfte an den Berliner Kliniken Charité und Vivantes im Herbst 2021 mit einem wochenlangen Erzwingungsstreik Regelungen durch, die endlich eine wirksame Verbesserung der Arbeitsbedingungen versprechen. Denn es konnte in einem Tarifvertrag festgehalten werden, dass den Beschäftigten individuell Belastungspunkte gutgeschrieben werden, wenn sie in einer Schicht arbeiten, die unterbesetzt ist. So wird durch zusätzliche freie Tage dafür gesorgt, dass der Arbeitgeber gezwungen ist, schnell für eine Verbesserung der Personalausstattung zu sorgen.

Arbeitsbelastung in sozialen Berufen

Diesen historischen Erfolg nimmt sich die GEW Berlin zu Recht als Vorbild. In vielen sozialen Berufen wurde die Arbeitsbelastung durch eine Erhöhung der Anforderungen und eine Verknappung der personellen Ressourcen dramatisch erhöht. Die Arbeitgeber rechnen dabei immer damit, dass die Beschäftigten dies aufgrund ihres großen Verantwortungsgefühls für die ihnen anvertrauten Menschen hinnehmen. Im Gesundheitswesen hängt das mittlerweile immer direkter mit Profiterwartungen zusammen. Im Bildungswesen liegen die vom Staat zugewiesenen finanziellen Mittel deutlich unter dem, was nötig wäre, um die Erwartungen der Gesellschaft an Bildung und individuelle Förderung zu erfüllen.

Dabei lässt sich bei Lehrkräften besonders leicht der Druck erhöhen. So kann die Arbeitszeit – bei Lehrkräften bedeutet das ausschließlich die Zahl der zu unterrichtenden Stunden – über das Beamtenrecht einseitig durch die Bundesländer festgelegt werden. Eine Verweisung im Tarifvertrag der Länder auf das Beamtenrecht kettet auch angestellte Lehrkräfte an diese Regelung. Streiks der tarifbeschäftigten Lehrkräfte für eine geringere Unterrichtsverpflichtung wären damit nur bundesweit möglich, wenn der Manteltarifvertrag TV-L gekündigt würde.

In Berlin wurde das Maximum der zu unterrichtenden Stunden durch mehrere Arbeitszeiterhöhungen zu Beginn der 2000er Jahre ausgereizt. Seitdem ist jedoch zum einen die Arbeit in der Unterrichtszeit verdichtet worden, indem immer mehr Anforderungen an die Lehrkräfte gestellt werden. Zum anderen haben die außerunterrichtlichen Aufgaben, die kaum einer Regulierung unterliegen, bundesweit stetig zugenommen.

So wies eine wissenschaftliche Arbeitszeitstudie der GEW Niedersachsen 2015/16 nach, dass die reine Unterrichtszeit von Lehrkräften nur noch zwischen 30 Prozent (an Gymnasien) und 40 Prozent (an Grundschulen) ihrer Gesamtarbeitszeit liegt. Den Rest machen Unterrichtsvor- und -nachbereitung, Schulorganisation, Kommunikation, Fortbildungen, Funktionstätigkeiten, Konferenzen, Veranstaltungen und vieles andere mehr aus.

Vor diesem Hintergrund hat die GEW Berlin im Herbst 2019 beschlossen, die überbordende Arbeitsbelastung der Lehrkräfte durch eine Kampagne für einen Tarifvertrag zum Gesundheitsschutz anzugehen. Adressiert werden die Forderungen an den Arbeitgeber, das Land Berlin. Damit soll eine

zentrale Stellschraube der Arbeitsbelastung – die Festlegung der Klassengröße – erstmals durch einen Tarifvertrag geregelt werden.

Bisher wird die Klassengröße einseitig durch Verordnungen und Verwaltungsvorschriften der Bildungsverwaltung festgelegt. Die Sorge ist groß, dass der Berliner Senat in Zeiten eines akuten Lehrkräfte- und Raummangels immer weiter an der Klassengröße drehen wird, obwohl sich alle drei regierenden Parteien noch in ihren Wahlprogrammen für kleinere Klassen ausgesprochen haben.

Eine Umfrage der GEW Berlin unter den angestellten Lehrkräften Berlins im Januar 2021 bestätigte, dass – wenn man die Arbeitszeit außenvorlässt – die Klassengröße als wichtigster Belastungsfaktor gesehen wird. Den Vorteil kleinerer Klassen sehen die über 2.000 Pädagog:innen, die an der Umfrage teilgenommen haben, vor allem in mehr Zeit für Beziehungsarbeit, für individuelle Förderung und für Differenzierung.

Aus erfolgreichen Kämpfen lernen

Im Pflegebereich hat ver.di eine Antwort auf eine Politik, die soziale Tätigkeiten einem immer größeren Druck aussetzt, gefunden: „Mehr von uns ist besser für alle“ heißt der Slogan, mit dem das Interesse der Beschäftigten am Schutz ihrer Gesundheit mit dem Interesse der Patient:innen und der gesamten Bevölkerung an einer bedarfsgerechten und würdevollen Gesundheitsversorgung gleichgesetzt wird.

Der Dienstleistungsgewerkschaft ist es gelungen, Arbeitskämpfe in einem Bereich, in dem Streiks früher aus Sorge um das Patientenwohl tabu waren, zu einem akzeptierten und wirkungsvollen Mittel zu machen. Als entscheidend hat es sich dabei erwiesen, in der Vorbereitung der Arbeitskämpfe die Verantwortung für das Wohl der Patient:innen der Arbeitgeberseite zuzuweisen. Der unbefristete Erzwingungsstreik, den ver.di an den Berliner Kliniken im August 2021 ausrief, war nur möglich, weil die Gewerkschaft den Arbeitgebern vorher ein 100-Tage-Ultimatum gestellt hatte. So konnten die streikenden Beschäftigten mit Recht darauf verweisen, dass der Arbeitgeber frühzeitig gewarnt war und in Verhandlungen hätte treten können.

Außerdem wurden in einem monatelangen Organisationsprozess Mehrheiten auf den Stationen gewonnen – sowohl für die Tarifforderungen als auch für die Bereitschaft, bei einem unbefristeten Streik dabei zu sein. Dies konnte nur gelingen, weil den Beschäftigten dabei klar wurde, dass es um eine Auseinandersetzung geht, die ihre Arbeit und ihr Leben grundlegend verändern könnte. Viele Pflegekräfte haben bereits den Beruf verlassen. In der Kampagne von ver.di sahen viele für sich eine Alternative: diesen Kampf zu gewinnen ist meine letzte Chance, in diesem Beruf bleiben zu können!

Von diesen Erfahrungen muss die Tarifbewegung der GEW Berlin lernen. Am 7. April haben sich aus dem Stand heraus zwar recht viele Lehrkräfte am Streik beteiligt, aber insgesamt nur eine deutliche Minderheit der Beschäftigten. Die Herausforderung geht jetzt darüber hinaus, noch ein- oder zweitausend Kolleg:innen mehr für den Arbeitskampf zu gewinnen, es geht tatsächlich um Mehrheiten, und zwar nicht nur in den Kollegien der einzelnen Schulen: auch Mehrheiten in der Bevölkerung für das Anliegen der Streikenden sind nötig. Nur dann besteht eine Perspektive, den erforderlichen politischen Druck zu entfalten, um zusätzliche finanzielle Mittel im Landeshaushalt und die Umsteuerung der Personal-, Ausbildungs- und Raumplanungen gegen den ausdrücklichen Willen von Finanzsenator Wesener (Grüne) und Bürgermeisterin Giffey durchzusetzen.

Um Mehrheiten zu gewinnen, braucht es längerfristige Anstrengungen: eine plausible Strategie, die Anwendung von Organizing-Methoden, die Nutzung des Leuchtturmeffekts gut organisierter Schulen, eine gezielte Bündnisarbeit, die Einbeziehung von Mitgliedern und ehrenamtlichen Funktionär:innen in Planungen und Entscheidungen und eine transparente und solidarische Diskussionskultur. Die gesamte gewerkschaftliche Organisation muss ausstrahlen, nicht nur ein Zeichen setzen, sondern grundlegende Veränderungen erkämpfen zu wollen.

Diese Veränderungen werden auch über die Landesgrenzen hinaus gehen müssen. Denn momentan versteckt sich die Berliner Landesregierung hinter dem Arbeitgeberverband, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Deren Mitgliederversammlung lehne einen Tarifvertrag Gesundheitsschutz für die Berliner Lehrkräfte ab. Damit wird auch die TdL in dieser Auseinandersetzung zu einem Gegner der Gewerkschaft. Die GEW Berlin braucht bundesweite Solidarität.

Die nächsten Schritte angehen

Am Ende der Kundgebung am 7. April hat es zu nieseln begonnen. Viele verlassen gleich den Platz. Acht Vertrauensleute und Aktive der Pankower GEW kommen am Neptunbrunnen noch zu einer kurzen Streikversammlung zusammen. In den Novemberstreiks hat der Bezirksverband diese Routine eingeführt, bei besserem Wetter auch mit deutlich größerer Beteiligung.

Die Streikenden tauschen sich über die Mobilisierung aus, beraten sich gegenseitig, wie mit Druck der Schulleitung umgegangen werden kann, überlegen wie sie die Eltern der Schüler:innen erreichen können. Die ersten Erfahrungen sind gemischt. Großes Interesse gibt es an einzelnen Erfolgsgeschichten. „Noch vor den Sommerferien wird es weitergehen“, hat Udo Mertens vom Berliner GEW-Vorstand bei der Beendigung der Kundgebung gesagt. Die Pankower Aktiven werden wieder dabei sein, mit mehr Kolleg:innen an ihrer Seite.

Artikel vom 15.4.2022 von Christoph Wälz, Mitglied der Bezirksleitung der GEW Berlin-Pankow

Mehr Informationen zum Tarifprojekt: <https://www.gew-berlin.de/tarif/tv-gesundheitsschutz>



Streikcafé der GEW Pankow, Foto: Christoph Wälz



Panorama der Abschlusskundgebung, Foto: Willi Hertelt



Foto: Christoph Wälz



Foto: Christoph Wälz